

Die Alpenrepublik galt Jahrzehnte hindurch als das Musterland der Großen Koalition. In den letzten Monaten hat dieses Bild Schaden genommen, nachdem die agierende Koalitionsregierung in eine schwere Krise schlitterte und es zu einer innenpolitischen Verunsicherung, ja Destabilisierung kam, die für viele politische Beobachter die Frage aufwarf: Was ist los in Österreich?

Die Antwort ist denkbar einfach: Die Parlamentswahlen 2006 führten (ähnlich wie in Deutschland) zu einem Wahlergebnis, das nur eine stabile Regierungsform zuließ, nämlich eine Große Koalition. Nach beinahe endlosen Verhandlungen kam gewissermaßen eine Zwangsehe zustande, die trotz allen optischen Bemühens nach außen – wie etwa gemeinsamen Pressekonferenzen des Bundes- mit dem Vizekanzler – den Keim des Scheiterns in sich trug.

Der Stein des Anstoßes

Dazu muss man sich noch einmal die Startbasis dieser Koalition in Erinnerung rufen: Wolfgang Schüssel, der 2000 aus einer aussichtslosen Situation (die ÖVP war auf dem dritten Platz gelandet) durch einen Koalitionspakt mit der FPÖ Bundeskanzler wurde, der 2002 die ÖVP wieder zur stärksten Kraft gemacht hatte, zog aus der eigenen Wahlniederlage blitzartig die Konsequenzen und tauschte mit Willi Molterer die Positionen. Alfred Gusenbauer, der schon in der Sandkiste davon geträumt hatte, Bundeskanzler zu werden, sah die Chance seines Lebens ge-

kommen. Um dieses Ziel auch zu erreichen, gab er in den Verhandlungen fast alle Wahlkampfpositionen auf, so unter anderem die Forderung nach Abschaffung der Studiengebühren.

Seit Monaten liegt die ÖVP in allen Umfragen vor der SPÖ. Nun sah Alfred Gusenbauer seine Chance gekommen, der Partei und der Öffentlichkeit zu zeigen, wer den Ton in der Regierung angibt. Über eine TV-Pressestunde ließ er dem Koalitionspartner ausrichten, dass die Steuerreform (im gemeinsam unterzeichneten Regierungsprogramm für 2010 vorgesehen) bereits 2009 kommen müsse. Die ÖVP sprach sich dagegen aus und fühlte sich in ihrer Haltung auch noch durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) bestätigt.

Ein politisches Beben

Fast alle Politologen hatten der Regierung schon das Ende prophezeit, und in den Medien wurde bereits der Juni als Wahltermin kolportiert, da wurden diese Spekulationen kurzfristig durch die Wahlen im Bundesland rund um Wien unterbrochen. Normalerweise haben Landtagswahlen vor allem regionale Bedeutung. In diesem Fall hatte aber das Ergebnis, das weit pointierter als erwartet ausfiel, Auswirkungen auf die gesamte Bundespolitik.

Niederösterreich wurde wieder einmal seinem Ruf, ein Kernland Österreichs zu sein, gerecht. Der Volkspartei unter der Führung Erwin Prölls, zurzeit sicher der stärkste aller „Landesfürsten“, konn-

te der innenpolitische Kleinkrieg, der die Bundes-ÖVP zeitweise ziemlich in der Defensive sah, nichts anhaben, sie baute ihre absolute Mehrheit noch aus. Nicht zuletzt und nicht zum ersten Mal zeigte sich auch, dass parteipolitisch motivierte Skandalisierungen wie die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses oder ein gekünsteltes Muskelspiel wie die Ankündigung einer vorzeitigen Steuersenkung in einem Wahlkampf meist nur zu einer Mobilisierung bei jener Partei führen, die ins sprichwörtliche Eck gedrängt werden sollte.

Die SPÖ – deren Bundeskanzler selbst gebürtiger Niederösterreicher ist – erlitt eine historische, vernichtende Niederlage. Selbst in seit Jahrzehnten bestehenden SPÖ-Hochburgen errang die ÖVP die Stimmenmehrheit. Der Einbruch bei den Sozialisten war nicht nur auf eine schwache Spitzenkandidatin, die zwar mit Herz, aber ohne Power agierte, zurückzuführen. Tatsächlich leiden nämlich die Sozialdemokraten schon seit Längerem unter einem Ideologieverlust. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs sind Marx & Co. unpopulär geworden, ist der Sozialdemokratie der Eckpfeiler „Klassenkampf“ weitgehend abhandengekommen, der Versuch, sich neu Mittel-links zu positionieren, von vielen Rückschlägen gekennzeichnet.

Zweiter großer Wahlgewinner war die FPÖ, deren Stimmen- und Mandatsanteil sich gleich mehr als verdoppelte. Die Freiheitlichen (jedenfalls in Österreich) spulen fast nur noch einen „Single-Issue“-Wahlkampf ab, indem sie bewusst auf dem politischen Klavier heimattreue Töne spielen und mit dem unterschweligen Ausländer-Stopp-Thema Emotionen wecken, die nicht nur bei den niederen Bildungsschichten, sondern auch im gehobenen Bürgertum Anklang finden.

Die Grünen, die früher vor allem im Umland von Wien für viele Wähler höchst attraktiv waren, mussten froh sein,

nur zu stagnieren. Die Ursachen haben sie sich selbst zuzuschreiben: Die Grünen sind grau geworden, sie haben viel von ihrer einstigen frischen, oft unbekümmerten Art der Präsentation verloren. Außerdem sind ihnen auch viele Themen dadurch abhandengekommen, dass sich die Großparteien selbst des Umweltthemas angenommen haben.

Die Einsicht gewinnt die Oberhand

In den Tagen nach der Wahl kam es vor allem in der SPÖ zu einem gewaltigen Rumoren. Und zwar nicht nur in der niederösterreichischen Filiale (deren Vorsitzende trat unmittelbar nach der Niederlage zurück), sondern vor allem in der Bundeszentrale. Was man früher nur aus der Volkspartei gekannt hatte, spielte sich diesmal bei den Sozialdemokraten ab, nämlich eine unkontrollierte Diskussion und ausufernde Personaldebatte. Gusenbauer wurde auch von einigen Landespolitikern, die in Sorge um ihren eigenen „Schrebergarten“ waren, in Bedrängnis gebracht. Es war nicht nur sein bourgeois-er Lebensstil, seine Vorliebe für edle Rotweine statt für rote Positionen, der viele Genossen auf die Palme brachte, sondern dass er sich offenbar bei den Verhandlungen mit der ÖVP ständig über den Tisch ziehen ließ und kein SPÖ-Anliegen durchbrachte. Die Argumentation, in einer Koalition müsse man eben Kompromisse eingehen, wurde von einigen Scharfmachern nicht mehr akzeptiert. In vorzeitigen Neuwahlen sahen viele dieser Kritiker die Chance zu einer Neuprofilierung und Neuformierung der Partei.

Aber auch in der ÖVP, die nach den Niederösterreich-Wahlen wieder Oberwasser verspürte, brodelte unter der Oberfläche eine Diskussion, die nur etwas disziplinierter als bei der SPÖ ablief. Es gab durchaus einflussreiche Kräfte, die Lust auf vorzeitige Neuwahlen hatten, zumal die SPÖ und deren Spitzenmann ziemlich angezählt erschienen.

Schlussendlich aber behielten jene in der ÖVP und in der SPÖ die Oberhand, die aus guten Gründen davon überzeugt waren, dass das Zündeln mit vorzeitigen Neuwahlen ein Ende haben und man trotz allem, was vorgefallen sei, einen neuen Anfang zumindest versuchen müsse. Ausschlaggebend für diesen Meinungsumschwung war weniger eine Vermittlungsaktion des Bundespräsidenten als vielmehr die Einsicht, dass es derzeit bei bundespolitischen Wahlen wohl nur einen einzigen Gewinner, nämlich die Strache-FPÖ, gäbe, und das bei einer weiter sinkenden Wahlbeteiligung als Reaktion auf das Theater, das sich vor den Augen der Wähler abspielte. Damit aber würde es aller Voraussicht wieder nur zu einer Neuauflage (der an sich unbeliebten) Großen Koalition kommen – und das auch noch mit geschwächten Partnern, weil sich so mancher Wähler verabschiedet, zur FPÖ oder ins Lager der Nichtwähler gewechselt hatte.

Daher regiert nun doch zunächst die Große Koalition weiter. Aber nach wie vor sind maßgebliche Gruppen in SPÖ und ÖVP davon überzeugt, dass die Große Koalition nicht mehr das Nonplusultra ist und in anderen Koalitionskonstellationen viel mehr von den eigenen Vorstellungen durchgesetzt werden könnte.

Künftige Koalitionsformen

Welche kleine Koalition zustande kommen könnte, ist heute allerdings offener denn je. Die Grünen wollen unverkennbar an die Macht. In Oberösterreich bilden sie mit der ÖVP die Landesregierung, in Graz ebenfalls mit der ÖVP die Stadtregierung. Wenngleich es innerhalb der Grünen auch einige sehr linkslastige Politiker gibt, die mit der Volkspartei (wie auch *vice versa*) so ihre liebe Not haben, so wäre derzeit eine schwarz-grüne Koali-

tion die wahrscheinlichste Variante, vorausgesetzt, die ÖVP erhält die relative Mehrheit.

Eine schwarz-blaue Koalition scheint derzeit weniger wahrscheinlich, wenngleich noch immer ein schwarz-blaues Bündnis als Denkmodell auf beiden Seiten existiert. ÖVP-Parteiobmann Molterer ist zur neuen FPÖ deutlich auf Distanz gegangen. Deren Obmann Strache wird dagegen von der Gusenbauer-Partei immer wieder umgarnt, was nicht allen SPÖ-Granden gefällt, aber letztlich zur Kenntnis genommen wird, um auch eine Option für eine kleine Koalition an der Hand zu haben. Das von der FPÖ abgespaltete BZÖ ist faktisch nur noch in Kärnten, wo Jörg Haider das Land regiert, eine relevante politische Kraft und eher ÖVP-affin. Immer öfter werden aber nicht nur vom BZÖ, sondern sehr wohl auch von der FPÖ Signale ausgesandt, die in einem Zusammenschluss der heute verfeindeten Brüder noch immer die beste Chance sehen, ein starkes und damit regierungsfähiges „drittes Lager“ zu bilden.

Entscheidend wird allein sein, wie viele Stimmen bei den nächsten Wahlen ÖVP und SPÖ erhalten. Nachdem ÖVP und SPÖ derzeit bei bloß etwas über dreißig Prozent (mit einem Vorteil für die ÖVP) liegen, die FPÖ mit fünfzehn, die Grünen mit zehn Prozent rechnen dürfen, stellt eine kleine Koalition keine echte Alternative dar. Um eine Neuauflage der mittlerweile ungeliebten Großen Koalition zu vermeiden, müssen ÖVP und SPÖ daher versuchen, eine Stimmenmaximierung zu erreichen. Dazu wird es aber eines großen politischen Wurfes, eines politischen Themas, das Wählerbewegungen auslöst, oder eines überragenden Spitzenkandidaten, der allerdings wie der *Deus ex Machina* auftauchen müsste, bedürfen.